

## NIEDERSCHRIFT

### ÜBER DIE SITZUNG DER GEMEINDEVERTRETUNG AM DONNERSTAG, DEM 11.11.2021, UM 19.30 UHR IM BÜRGERSAAL WEIMAR, DÖRNBERGSTRASSE 23

#### **A. Gemeindevertretung:**

Mitgliederzahl	23
Davon waren lt. als Anlage 1 beigefügtem Anwesenheitsnachweis anwesend	19
<u>Es fehlte:</u>	
a) entschuldigt	4
b) unentschuldigt	

#### **B. Gemeindevorstand:**

Mitgliederzahl	6
Davon waren lt. als Anlage 1 beigefügtem Anwesenheitsnachweis anwesend	6
<u>Es fehlte:</u>	
a) entschuldigt	
b) unentschuldigt	

#### **C. Schriftführer:**

Verwaltungsfachwirt Thomas Raffler

---

Die Mitglieder der Gemeindevertretung sowie die Mitglieder des Gemeindevorstandes sind durch Einladung vom 03.11.2021, die am 04.11.2021 durch die Post zugestellt wurde, auf Donnerstag, den 11.11.2021, unter Mitteilung der Tagesordnung eingeladen worden.

Die öffentliche Bekanntmachung von Ort und Zeit der Sitzung sowie der Tagesordnung erfolgte gemäß § 5 Abs. 2 der Hauptsatzung der Gemeinde Ahnatal vom 31. Juli 2006. Eine Hinweisbekanntmachung der Sitzung erfolgte in der Bürgerzeitung „Blickpunkt Ahnatal“ Nr. 44 vom 05.11.2021.

Die Vorsitzende der Gemeindevertretung Bettina Schröder eröffnet die Sitzung um

19:30 Uhr und stellt fest, dass die Einladung zur Sitzung ordnungsgemäß erfolgte und die Gemeindevertretung beschlussfähig ist. Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

## Tagesordnung

### Teil A:

1. Fragestunde
  - 1.1. Anfrage der CDU-Fraktion zur Verwertung gemeindlicher Kraftfahrzeuge
  - 1.2. Anfrage der SPD-Fraktion zur Sanierung der Kita Weimar
  - 1.3. Anfrage der B'90/Grüne-Fraktion zur Personalstruktur in der Kita Königsfahrt
2. Bericht des Gemeindevorstandes
3. Bericht aus dem Haupt- und Finanzausschuss
4. Antrag der CDU-Fraktion eines Stufenplans zur Einführung des digitalen Sitzungsdienstes in der Gemeindevertretung und in den Ausschüssen der Gemeinde Ahnatal
5. Antrag der CDU-Fraktion zur Einführung des digitalen Sitzungsdienstes in der Gemeindevertretung und in den Ausschüssen der Gemeinde Ahnatal

### Teil B:

6. Antrag der FWG-Fraktion auf ein Konzept gegen die voranschreitende "Verschmutzung" im öffentlichen Raum
7. Antrag der SPD-Fraktion für einen Antrag auf Teilnahme der Gemeinde Ahnatal an der Kampagne "Fair Trade Town"
8. Antrag der SPD-Fraktion für ein Rauchverbot auf den kommunalen Spielplätzen in Ahnatal
9. Antrag der SPD-Fraktion über einen Prüfauftrag zum Bau einer Klärschlammvererdungsanlage
10. Antrag der B'90/Grüne-Fraktion über eine Satzung zur Regelung des Zugangs zu amtlichen Informationen aus dem Wirkungsbereich der Gemeinde Ahnatal (Informationsfreiheitssatzung)
11. Gemeinsamer Antrag der FWG- und SPD-Fraktion auf Anbringung eines Verkehrsspiegels und zur Geschwindigkeitsbegrenzung im Bereich Ortsmitte Weimar
12. Gemeinsamer Antrag aller Fraktionen zur Verleihung der Ehrenbürgermeisterwürde an Herrn Karl-Heinz Poetzsch ehem. Bürgermeister vom 1.4.1973 bis 31.3.1997

Die Beratungen finden in öffentlicher Sitzung statt.

=====

## **Beschlussfassungen**

=====

### **Teil A:**

=====

### **1. Tagesordnungspunkt:**

=====

#### **Fragestunde**

-----

Dem Gemeindevorstand liegen drei Anfragen vor, die von Bürgermeister Stephan Hänes beantwortet werden.

- 1.1 Anfrage der CDU-Fraktion zur Verwertung gemeindlicher Kraftfahrzeuge
- 1.2 Anfrage der SPD-Fraktion zur Sanierung der Kita Weimar
- 1.3 Anfrage der B'90/Grüne-Fraktion zur Personalstruktur in der Kita Königsfahrt

### **2. Tagesordnungspunkt:**

=====

#### **Bericht des Gemeindevorstandes**

-----

Bürgermeister Stephan Hänes gibt den Bericht des Gemeindevorstandes zu folgenden Punkten ab:

1. Auftragsvergaben:
  - Sanierung Kläranlage, Instandsetzung Bio P Becken
  - Reparatur Siebbandrechen und Sandfang auf der Kläranlage Heckershausen
  - Sanierung Radweg entlang der K 30 im Bereich Feuerwehrkreisel (Partnerschaftsplatz)
  - Flucht und Rettungswege Kindergarten Heckershausen, Einbau von Fluchttreppen und Schutzgeländer
2. Mitteilung über die Genehmigung der Haushaltssatzung der Gemeinde Ahnatal für das Haushaltsjahr 2021 durch die Kommunalaufsicht des Landkreises Kassel
3. L3217 Ahnatal – Kassel-Harleshausen, Fahrbahnerneuerung der Rasenallee
4. Radwege - Sanierung Radweg entlang der K 30 im Bereich Feuerwehrkreisel (Partnerschaftsplatz)

Außerdem wird der Bericht im Blickpunkt und auf der Homepage veröffentlicht.

### **3. Tagesordnungspunkt:**

=====

#### **Bericht aus dem Haupt- und Finanzausschuss**

-----

Der Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses Rüdiger Reedwisch (CDU) berichtet aus dem Haupt- und Finanzausschuss.

Die TOPe 4 und 5 werden gemeinsam behandelt.

### **4. – 5. Tagesordnungspunkt:**

=====

#### **Antrag der CDU-Fraktion eines Stufenplans zur Einführung des digitalen Sitzungsdienstes in der Gemeindevertretung und in den Ausschüssen der Gemeinde Ahnatal**

-----

#### **Antrag der CDU-Fraktion zur Einführung des digitalen Sitzungsdienstes in der Gemeindevertretung und in den Ausschüssen der Gemeinde Ahnatal**

-----

Der Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses Rüdiger Reedwisch (CDU) berichtet aus dem Haupt- und Finanzausschuss.

#### **Beschluss zu TOP 4:**

Die Gemeindevertretung beschließt die Einführung des papierlosen Sitzungsdienstes für die Mitglieder und Gremien der Gemeindevertretung und des Gemeindevorstandes.

Der Gemeindevorstand wird mit der zeitnahen Umsetzung unter Nutzung eines Angebotes der ekom21 aus Kassel beauftragt.

#### **Beratungsergebnis:**

**19 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)**

#### **Beschluss zu TOP 5:**

Die Gemeindevertretung beschließt die Einführung des papierlosen Sitzungsdienstes für die Mitglieder und Gremien der Gemeindevertretung und des Gemeindevorstandes.

Der Gemeindevorstand wird mit der zeitnahen Umsetzung unter Nutzung eines Angebotes der ekom21 aus Kassel beauftragt.

**Beratungsergebnis:****19 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)****Teil B:**

=====

**6. Tagesordnungspunkt:**

=====

**Antrag der FWG-Fraktion auf ein Konzept gegen die voranschreitende "Verschmutzung" im öffentlichen Raum**

-----

Gemeindevertreter Dirk Roas (FWG) erläutert den Antrag für seine Fraktion und beantragt eine Überweisung in den Ausschuss für Umwelt, Bau und Verkehr.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch, damit ist der Antrag in den Ausschuss für Umwelt, Bau und Verkehr überwiesen.

**7. Tagesordnungspunkt:**

=====

**Antrag der SPD-Fraktion für einen Antrag auf Teilnahme der Gemeinde Ahnatal an der Kampagne "Fair Trade Town"**

-----

Gemeindevertreterin Sara Klapp (SPD) erläutert den Antrag für ihre Fraktion.

**Aussprache:**

CDU-Fraktionsvorsitzender Rüdiger Reedwisch

**Beschluss:**

1. Die Gemeindevertretung beschließt in ihrer Sitzung am 11.11.2021, dass Ahnatal an der internationalen Kampagne „Fairtrade- Towns“ des gemeinnützigen Vereins TransFair e.V. teilnimmt und damit den Titel „Kommune des fairen Handels/Fairtrade Town“ anstrebt.
2. Bei allen Sitzungen der Gemeindevertretung und der Ausschüsse sowie im Büro des Bürgermeisters Fairtrade-Kaffee und mindestens ein weiteres Produkt aus fairem Handel anzubieten.

(Da bei den gemeindlichen Sitzungen keine Heißgetränke ausgeschenkt werden, kompensiert die Gemeinde Ahnatal den unzureichenden Beschluss auf anderem Weg, zum Beispiel dadurch, dass bei gemeindlichen Veranstaltungen, in Präsentkörben oder bei anderen Anlässen fair gehandelte Produkte verwendet werden.)

**Beratungsergebnis:****19 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)****8. Tagesordnungspunkt:**

=====

**Antrag der SPD-Fraktion für ein Rauchverbot auf den kommunalen Spielplätzen in Ahnatal**

-----

SPD-Fraktionsvorsitzender Thomas Dittrich-Mohrmann erläutert den Antrag für seine Fraktion.

**Aussprache:**

CDU-Fraktionsvorsitzender Rüdiger Reedwisch, B'90/Grüne-Fraktionsvorsitzender Torben Schawer, FWG-Fraktionsvorsitzender Sven Makoschey

**Beschluss:**

Der Gemeindevorstand wird beauftragt, ein gesetzliches Rauchverbot auf den Ahnataler Spielplätzen einzuführen und entsprechende Schilder an allen Ahnataler Spielplätzen anbringen zu lassen.

**Beratungsergebnis:****19 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)****9. Tagesordnungspunkt:**

=====

**Antrag der SPD-Fraktion über einen Prüfauftrag zum Bau einer Klärschlammvererdungsanlage**

-----

SPD-Fraktionsvorsitzender Thomas Dittrich-Mohrmann erläutert den Antrag für seine Fraktion.

**Aussprache:**

Gemeindevertreter Dirk Roas (FWG)

**Beschluss:**

Der Gemeindevorstand wird beauftragt, die Möglichkeiten zum Bau einer Klärschlammvererdungsanlage auf dem Grundstück der Abwasserreinigungsanlage

Ahnatal in Heckershausen und auf dem östlich der Kläranlage gelegenen Gemeinde eigenen Grundstücken Flur 6, Flurstück 50,51 und 52, zu prüfen.

**Beratungsergebnis:**

**19 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)**

**10. Tagesordnungspunkt:**

=====

**Antrag der B'90/Grüne-Fraktion über eine Satzung zur Regelung des Zugangs zu amtlichen Informationen aus dem Wirkungskreis der Gemeinde Ahnatal (Informationsfreiheitssatzung)**

-----

Gemeindevertreter Michael Goldbach (B'90/Grüne) erläutert den Antrag für seine Fraktion und beantragt die Überweisung in den Haupt- und Finanzausschuss.

Dem widerspricht SPD-Fraktionsvorsitzender Thomas Dittrich-Mohrmann, so dass über den Überweisungsantrag abgestimmt wird.

**Abstimmungsergebnis:**

**6 Ja-Stimme(n), 13 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)**

Somit ist der Antrag nicht in den Haupt- und Finanzausschuss überwiesen.

Aussprache:

Gemeindevertreter Michael Goldbach (B'90/Grüne) (Schlusswort des Antragstellers)

**Beschluss:**

Die Gemeindevertretung beschließt die Satzung zur Regelung des Zugangs zu amtlichen Informationen aus dem eigenen Wirkungskreis der Gemeinde Ahnatal (Informationsfreiheitssatzung) in der aus der Anlage 1 zu dieser Vorlage ersichtlichen Fassung.

**Beratungsergebnis:**

**4 Ja-Stimme(n), 13 Gegenstimme(n), 2 Stimmenthaltung(en)**

**11. Tagesordnungspunkt:**

=====

**Gemeinsamer Antrag der FWG- und SPD-Fraktion auf Anbringung eines Verkehrsspiegels und zur Geschwindigkeitsbegrenzung im Bereich Ortsmitte Weimar**

-----

B'90/Grüne-Fraktionsvorsitzender Torben Schawer erläutert den Antrag.

Aussprache:

Gemeindevertreter Dieter Schröder (SPD), Gemeindevertreter Dirk Roas (FWG), Gemeindevertreterin Gerlinde Schaub (B'90/Grüne), SPD-Fraktionsvorsitzender Thomas Dittrich-Mohrmann, CDU-Fraktionsvorsitzender Rüdiger Reedwisch, Bürgermeister Stephan Hänes, B'90/Grüne-Fraktionsvorsitzender Torben Schawer, Gemeindevertreterin Karina Schmidt (SPD)

FWG-Fraktionsvorsitzender Sven Makoschey beantragt um 20.55 Uhr eine Sitzungsunterbrechung. Um 21.00 Uhr wird die Sitzung fortgesetzt.

**Beschluss:**Verkehrsspiegel am Friedhof in Weimar

Die Gemeindevertretung beauftragt den Gemeindevorstand die Anbringung eines Verkehrsspiegels gegenüber der Ein-/Ausfahrt am Friedhof in Ahnatal-Weimar in Abstimmung mit den zuständigen Stellen zu prüfen und gegebenenfalls einen Verkehrsspiegel für die Verkehrsteilnehmer anzubringen.

Tempo 30 im Bereich Dörnbergstraße bis Kreisel Weimar und Steinweg (Ortmitte)

Die Gemeindevertretung fordert den Gemeindevorstand auf für die genannten Bereiche eine Geschwindigkeitsbegrenzung von 30 km/h in Abstimmung mit den zuständigen Stellen zu prüfen.

**Beratungsergebnis:**

**19 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)**

**12. Tagesordnungspunkt:**

=====

**Gemeinsamer Antrag aller Fraktionen zur Verleihung der Ehrenbürgermeisterwürde an Herrn Karl-Heinz Poetzsch ehem. Bürgermeister vom 1.4.1973 bis 31.3.1997**

-----

SPD-Fraktionsvorsitzender Thomas Dittrich-Mohrmann erläutert den Antrag.

**Beschluss:**

Die Gemeindevertretung beschließt die Verleihung der Ehrenbürgermeisterwürde an Herrn Karl-Heinz Poetzsch in Anerkennung seiner Dienste für die Gemeinde Ahnatal.

**Beratungsergebnis:**

**19 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)**

Die Vorsitzende der Gemeindevertretung Bettina Schröder schließt die Sitzung mit dem Hinweis, dass die nächste Sitzung der Gemeindevertretung voraussichtlich am 09.12.2021 stattfinden wird.

Ende der Sitzung 21:20 Uhr

Die Vorsitzende der  
Gemeindevertretung

.....

Der Schriftführer

.....

## **Antrag der CDU-Fraktion vom 10.06.2021**

---

### **Antrag der CDU-Fraktion eines Stufenplans zur Einführung des digitalen Sitzungsdienstes in der Gemeindevertretung und in den Ausschüssen der Gemeinde Ahnatal**

#### Sachverhalt:

Mit ihrem Stufenmodell will die CDU-Fraktion in der Gemeindevertretung und ihren Ausschüssen den digitalen Sitzungsdienst in Ahnatal bis zum 31.12.2023 einführen. Die neue Geschäftsordnung unserer Gemeindevertretung (§ 10 Abs. 3, § 29 Abs. 3 und § 32 Abs. 3) sowie die Hessische Gemeindeordnung (§ 58 Abs. 1, § 61 Abs. 3 und § 62 Abs. 5) enthalten hierzu nähere Regelungen. Zudem verpflichtet das Onlinezugangsgesetz (OZG) des Bundes die Gemeinde, bis Ende 2022 ihre Verwaltungsleistungen auch elektronisch anzubieten.

Die mittelfristige und sitzungsaktuelle Einstellung von Beratungsunterlagen in das öffentlich einsehbare Bürgerinformationssystem schafft eine hohe Transparenz politischer Willensbildungsprozesse in Ahnatal. Sie ermöglicht ohne größeren Aufwand Bürgerbeteiligung bereits im Entstehungsprozess von Entscheidungen, da die Bürger sich informieren und so interessengesteuert an den öffentlichen Sitzungen der Gremien teilnehmen können. Dieser „Wissensvorsprung“ ermöglicht es jedem Einzelnen in Ahnatal, die Gemeindevertreter direkt im Willensbildungsprozess auf ihre Anliegen anzusprechen. Der Jederzeit und überall verfügbare Datenzugriff erleichtert die flexible Einarbeitungszeit in die Sachverhalte und führt damit zu einer Steigerung der Attraktivität des Ehrenamtes in der Kommunalpolitik.

Der Antrag der CDU-Fraktion hat ferner zum Ziel, einen Einstieg in die Papierreduktion von Verwaltungsleistungen zu schaffen und so zur Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Footprint jedes einzelnen Gemeindevertreters beizutragen.

Für die Bearbeitung und den Versand der Sitzungsunterlagen muss künftig außerdem deutlich weniger Zeit aufgewendet werden. Die Unsicherheit des fristgerechten Zugangs von Ladungen auf dem Postweg entfällt bei elektronischem Versand. Die Gemeindevertreter haben durch die zeitlich abgekürzten Versandwege mehr Zeit, sich auf die Sitzungen anhand der Unterlagen vorzubereiten.

Die im Bürgerinformationssystem abgebildete Historie schafft einen rechtssicheren Überblick über bereits gefasste Gemeindevertreterbeschlüsse. Dies ermöglicht ein Nachverfolgen (sog. Follow-Up) der Umsetzung der Beschlüsse der Gemeindevertretung durch den Gemeindevorstand und die Gemeindeverwaltung.

#### Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung beschließt den digitalen Sitzungsdienst gem. § 10 Abs. 3, § 29 Abs. 3 und § 32 Abs. 3 der Geschäftsordnung der Gemeindevertretung und der Ausschüsse der Gemeinde Ahnatal vom 5.2.2021 nach dem folgenden Stufenmodell bis zum 31.12.2023 einzuführen:

## **Stufe 1 Einstieg in die Digitalisierung des Sitzungsdienstes**

(Umsetzung bis spätestens 31.12.2021)

- a) Die Sitzungsunterlagen für die Mandatsträger werden „hybrid“ angeboten. Jeder einzelne Gemeindevertreter teilt der Vorsitzenden der Gemeindevertretung unverzüglich mit, ob er die Sitzungsunterlagen generell per E-Mail (unter Angabe einer Emailadresse) oder -wie bisher- auf dem Postwege erhalten möchte.
- b) Die Übersendung von Niederschriften und Tischvorlagen erfolgt (im Nachgang der Sitzung) ebenfalls in der gewählten Form. Etwaige Tischvorlagen werden im Nachgang zu den Sitzungen digital zur Verfügung gestellt.
- c) Einzelne Unterlagen, die je Dokument eine Seitenanzahl von 10 DIN A4 Seiten übersteigen oder grösser als DIN A4 sind, werden für alle Mandatsträger in Papierform zur Verfügung gestellt.
- d) In allen kommunalen Einrichtungen mit Besprechungsräumen wird durch die Gemeindeverwaltung sichergestellt, dass ein für die Mandatsträger kostenfreies W-LAN Angebot (bspw. „digitale Dorflinde“) und ausreichend Lademöglichkeiten (Steckdosenleisten) zur Verfügung stehen.
- e) Die datenschutzrechtlichen Vorschriften sind zu beachten.

## **Stufe 2 Öffentlichkeit und Transparenz** (Umsetzung bis spätestens 31.12.2022)

- a) Der Sitzungsdienst wird über [SD.Net](#) von der ekom21 geführt. Alle Mandatsträger erhalten einen Onlinezugang, um die Sitzungsunterlagen (Einladungen, Vorlagen, Niederschriften) dort abzurufen. Hier sind -in Abgrenzung zum öffentlichen Bürgerinformationssystem- auch vertrauliche Dokumente nur für Mandatsträger eingestellt.
- b) Das öffentlich über die Homepage der Gemeinde Ahnatal zugängliche Bürgerinformationssystem wird aktuell gepflegt. Das bedeutet, dass die Unterlagen der Sitzungen der Gemeindevertretung (ladungsfristgerecht) dort eingestellt werden und von allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern auch vor der Sitzung der Gemeindevertretung eingesehen werden können.

## **Stufe 3 Volle Digitalisierung des Sitzungsdienstes** (Umsetzung bis spätestens 31.12.2023)

- a) Die Gemeindeverwaltung ermittelt die aktuellen Jahreskosten für die Sitzungsvor- und Nachbereitung durch die Gemeindeverwaltung. Dazu zählen Personalkostenaufwände für Kopieren, Kuvertieren und Frankieren sowie die anteiligen Materialkosten (Kopierer, Papier, Porto).
- b) Aus diesen Kosten -als Einsparung bei Digitalisierung des Sitzungsdienstes anzusehen- soll die technische Ausstattung aller Mandatsträger mit Hardware (bspw. Tablets) (teil)finanziert werden.
- c) Es soll darüber hinaus durch die Gemeindeverwaltung geprüft werden, inwieweit Förderprogramme die Umstellung auf den digitalen Sitzungsdienst bezuschussen können (ggf. "Richtlinie zur Förderung smarter Kommunen und Regionen im Programm Starke Heimat Hessen").
- d) Alle Mandatsträger erhalten grundsätzlich von der Gemeinde für die Wahlperiode ein W-LAN fähiges Endgerät (bspw. Tablet). Es wird sichergestellt, dass ein elektronischer Zugang nicht nur zum Ahnataler Ortsrecht (z.B. Satzungen, Bebauungspläne, Geschäftsordnung, Gemeindevertreterbeschlüsse), sondern auch zum Hess. Landesrecht (z.B. [Bürgerservice Hessenrecht](#)) und zum Bundesrecht (z.B. Bundesamt für Justiz – [www.Gesetze-im-Internet.de](http://www.Gesetze-im-Internet.de) ) besteht.

- e) Die Gemeindeverwaltung ermittelt im Vorfeld die Kosten incl. Softwarelizenzen, Wartung und Support (Hotline) zzgl. einmaligem Schulungsaufwand (sofern dieser nicht durch die Gemeindeverwaltung selbst erbracht werden kann) und stellt diese auf eine Legislaturperiode gesehen den Einsparungen gegenüber.
- f) Zur weiteren Kostenreduktion soll eine Abfrage erfolgen, wer auf den Einsatz von gemeindlichen Endgeräten verzichtet und eigene Geräte (Laptop, Tablet etc.) nutzen möchte. Voraussetzung für den Einsatz von Geräten (eigene oder von der Gemeinde Ahnatal gestellte) ist das Vorhandensein eines eigenen WLAN-Anschlusses zu Hause und in den Sitzungsräumen der Gemeinde Ahnatal.
- g) Für den Einsatz von privaten Endgeräten wird eine Aufwandspauschale gezahlt.
- h) Es wird vorgeschlagen, die Tablets im Eigentum der Gemeinde Ahnatal zu belassen und diese den Mandatsträgern kostenlos zur Verfügung zu stellen (wg. Förderfähigkeit und Lizenzierung und steuerlicher Behandlung). Eine zusätzliche private Nutzung ist grundsätzlich möglich.
- i) Nach Ablauf einer Legislaturperiode (oder beim vorzeitigen Ausscheiden aus dem Amt) gehen die Geräte an die Gemeinde Ahnatal zurück. Sie könnten zum Ende einer Legislaturperiode auch auf Antrag (gegen eine Spende) in das Eigentum der Mandatsträger übergehen, da sie abgeschrieben und technisch veraltet sein dürften.
- j) Eine Schulung der Mandatsträger muss vor Einführung der Geräte anberaumt werden. Bis zu einem Schulungstermin sollten die Tablet PCs angeschafft, eingerichtet und den Mandatsträgern zur Verfügung stehen.
- k) Nach Herstellung der W-LAN-Infrastruktur und Bereitstellung der Hardware wird der papiergebundene Sitzungsdienst eingestellt.

Rüdiger Reedwisch  
Fraktionsvorsitzender

## **Antrag der CDU-Fraktion vom 10.06.2021**

---

### **Antrag der CDU-Fraktion zur Einführung des digitalen Sitzungsdienstes in der Gemeindevertretung und in den Ausschüssen der Gemeinde Ahnatal**

#### Sachverhalt:

Der Antrag findet seine Rechtsgrundlagen in § 10 Abs. 3 und § 29 Abs. 3 in Verbindung mit § 32 Abs. 3 unserer neuen Geschäftsordnung (GO), die ihrerseits auf den gesetzlichen Grundlagen § 58 Abs. 1 und § 61 Abs. 3 in Verbindung mit § 62 Abs. 5 Hessische Gemeindeordnung (HGO) beruhen. Nach § 10 Abs. 3 GO entscheidet die Gemeindevertretung über die Einführung der elektronischen Kommunikationsform mit einfacher Mehrheit.

Die elektronische Kommunikation, d.h. die sogenannte Digitalisierung, verändert die Art, wie wir leben, arbeiten, wirtschaften und verwalten, entscheidend.

In Ahnatal sind wir mit der Digitalisierung schon auf einem guten Weg. Trotzdem gibt es noch genügend zu tun, um auch unsere Gemeinde und ihre Gremien für die Zukunft digital fit zu machen, im Interesse aller.

Nach Auffassung der CDU-Fraktion sollte deshalb in der vor uns liegenden Wahlperiode bis 2026 die elektronische Kommunikation insbesondere auch in der Gemeindevertretung und ihren Ausschüssen beschleunigt ausgebaut werden. Wir müssen aus unserer Zettelwirtschaft herauskommen! Hauptaufgabe wird dabei zunächst sein, den Sitzungsdienst zu digitalisieren. Weitere Maßnahmen müssen dann im Rahmen eines Stufenmodells folgen.

Die Digitalisierung des Sitzungsdienstes dient nicht nur der Beschleunigung und Vereinfachung der Kommunikation (insbesondere Vermeidung einer oft verspäteten Briefzustellung), sondern dient auch der Kostenersparnis (z.B. Einsparung von Arbeitszeit im Rathaus, Papier, Umschlägen, Postgebühren) sowie der Umwelt (geringerer Papierverbrauch).

#### Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung beschließt in Umsetzung von Stufe 1 des Stufenmodells zur Einführung des digitalen Sitzungsdienstes in der Gemeindevertretung und in den Ausschüssen der Gemeinde Ahnatal, dass die Einladungen zu ihren Sitzungen und den Sitzungen ihrer Ausschüsse einschließlich der Übersendung nachgereichter Schriftstücke sowie die spätere Übersendung der Sitzungs-Niederschriften in elektronischer Form erfolgen, sobald der Vorsitzenden der Gemeindevertretung die von ihren unverzüglich einzuholenden Einverständniserklärungen und E-Mail-Adressen der Gemeindevertreter vorliegen.

Rüdiger Reedwisch  
Fraktionsvorsitzender

## Antrag der FWG-Fraktion vom 17.10.2021

---

### Antrag der FWG-Fraktion auf ein Konzept gegen die voranschreitende "Verschmutzung" im öffentlichen Raum

#### Sachverhalt:

Die Mitglieder der FWG-Ahnatal werden immer wieder von Bürgern und Bürgerinnen angesprochen, die auf eine zunehmende Verschmutzung von öffentlichen Plätzen und ein zunehmendes Problem mit Tierausscheidungen hinweisen. Insbesondere in den Bereichen von Spielplätzen, Wiesen und auf Wegen. Dieser Umstand ist aus unserer Sicht nicht hinnehmbar. Der Müll hat verheerende Auswirkungen auf unser Ökosystem. Dass gerade Plastikmüll Umwelt und Natur zerstört, sollte jedem bewusst sein.

Einerseits dürfte die deutliche höhere Anzahl von Mitnahme-Produkten als auch Einwegverpackungen sowie ‚Covid-19-Masken‘ und andererseits der stärkere Trend zur Haustierhaltung diese Problematik verstärkt haben. Dieses zeigt sich aus unserer Sicht bei einem Gang durch die Ortsteile. Gerade der Hundekot prägt an manchen „Hauptstrecken“ das Ortsbild.

In der Straßenverkehrsordnung ist geregelt, dass „jede grobe oder die Sicherheit der Straßenbenützer gefährdende Verunreinigung der Straße durch feste oder flüssige Stoffe, insbesondere durch Schutt, Kehrlicht, Abfälle und Unrat aller Art sowie das Ausgießen von Flüssigkeiten bei Gefahr einer Glatteisbildung verboten“ ist. Selbst Pferdemist kann für Fußgänger, Rad- oder Mopedfahrer die Gefahr des Ausrutschens und sich Verletzens beinhalten. So sind juristische Folgen oder Schadenersatzforderungen nie gänzlich auszuschließen.

Bei der Ausarbeitung des Themas sollten folgende Fragestellungen berücksichtigt werden:

1. Wie gestaltet sich das Müllaufkommen nach öffentlichen Veranstaltungen und Feiern z.B. von Vereinen?
2. Wo ist eine Zunahme der Verunreinigung durch Müll oder tierische Ausscheidungen festzustellen?
3. Ist es möglich mehr Müllbehältnisse ggf. mit größeren Fassungsvermögen aufzustellen?
4. Denkt die Verwaltung daran, eine Öffentlichkeitskampagne für die Reinhaltung des öffentlichen Raums durchzuführen, bei der sowohl auf Informationen als auch eine Förderung der Zivilcourage durch Einbeziehen der Bürger gesetzt wird?

5. Werden Reinigungspatenschaften (z.B. Firmen, Einzelpersonen) für Gebiete in der unmittelbaren Nachbarschaft öffentlicher Plätze in Erwägung gezogen?
6. Könnte die Verwaltung sich vorstellen, in Zukunft auch auf restriktive Elemente (z.B. Bußgelder) zu setzen?
7. Sind innovative Konzepte anderer Kommunen wie z.B. Frankfurt (Mülleimerbeschriftung) oder Luzern (Spielfelder um die Mülleimer) bekannt?
8. Ist es möglich, als Anerkennung ehrenamtlichen Engagements für Bürger, die Verantwortung tragen (Müllsammeln), z.B. die Müllgebühren zu ermäßigen?
9. In welchem Umfang wurde/ wird präventiv gearbeitet, z.B. durch Abfallberatung in Kitas und Schulen?
10. Ist daran gedacht die Hundehalter dahingehend einzubeziehen, diese danach zu fragen wo Hundekotbeutel bzw. Müllbehälter fehlen?
11. Wurden alternative Materialien zu den bekannten Plastik-Hundekotbeuteln geprüft?
12. Gibt es (innovative) Möglichkeiten die Besitzer von Klein- und Großtieren zum Entfernen der Hinterlassenschaften zu überzeugen?

Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung beschließt, den Gemeindevorstand zu beauftragen, ein Konzept gegen die „Verschmutzung“ im öffentlichen Raum zu erarbeiten und geeignete Maßnahmen festzulegen, um ein weiteres Vorschreiten der Verschmutzung zu verhindern. Das fertige Konzept soll im 1. Halbjahr 2022 vorgelegt werden.

Sven Makoschey  
Fraktionsvorsitzender FWG

## **Antrag der SPD-Fraktion vom 27.10.2021**

---

### **Antrag der SPD-Fraktion für einen Antrag auf Teilnahme der Gemeinde Ahnatal an der Kampagne "Fair Trade Town"**

#### Sachverhalt:

Der Titel "Fairtrade-Town" wird in Deutschland seit 2009 an Städte und Kommunen verliehen, die ihre Bürgerinnen und Bürger regelmäßig für gerechte Produktionsbedingungen sowie für soziale und umweltschonende Herstellungs- und Handelsstrukturen sensibilisieren, um das Thema „Fairer Handel“ auf kommunaler Ebene zu verankern. Fairtrade Towns fördern den fairen Handel und zeigen durch ihr Engagement, dass eine Veränderung möglich ist und jede\*r etwas bewirken kann.

Allein in Deutschland gibt es bereits über 750 Städte und Kommunen, die den Titel „Fairtrade-Town“ tragen, neben großen Städten wie Berlin und Hamburg beteiligen sich auch zahlreiche kleine Kommunen an der Kampagne. Ahnatal wäre im Landkreis Kassel aktuell die einzige teilnehmende Kommune, in der näheren Umgebung Ahnatales sind etwa Bad Arolsen, Korbach und Witzenhausen dabei.

Um den Titel zu erlangen müssen in der Folge die aufgeführten fünf Kriterien erfüllt werden:

#### 1. Gemeindevertretungsbeschluss:

Es muss ein Beschluss der Kommune vorliegen, dass sie den Titel "Fairtrade-Town" anstrebt und bei allen Sitzungen der Ausschüsse und des Rates sowie im Bürgermeisterbüro Kaffee und ein weiteres Produkt aus fairem Handel verwendet (s.o).

#### 2. Steuerungsgruppe:

Es soll eine lokale Steuerungsgruppe gebildet werden, die auf dem Weg zum "Fairtrade-Town" und darüber hinaus die Aktivitäten vor Ort koordiniert. Diese Gruppe besteht aus mindestens drei Personen aus den Bereichen Zivilgesellschaft, Politik und Wirtschaft

#### 3. Produkte:

In lokalen Einzelhandelsgeschäften (darunter auch Floristen) sowie in Cafés und Restaurants werden mindestens zwei Produkte aus fairem Handel angeboten. Die Anzahl der zu beteiligenden Gewerbetreibenden richtet sich nach der Einwohnerzahl, weshalb in Ahnatal mindestens vier Einzelhandelsgeschäfte und zwei Gastronomiebetriebe teilnehmen müssen.

(Da der Faire Handel in den vergangenen Jahren immer populärer geworden ist, gibt es in Ahnatal bereits Geschäfte wie den Bioladen, die mindestens zwei Produkte mit dem Fairtrade-Siegel anbieten - auch einige Discounter erfüllen das Kriterium inzwischen.)

#### 4. Zivilgesellschaft:

Öffentliche Einrichtungen wie Schulen, Vereine und Kirchengemeinden setzen Informations- und Bildungsaktivitäten zum Thema "Fairer Handel" um und nutzen Produkte aus Fairem Handel. Entsprechend Ahnata's Einwohnerzahl müssen je eine Schule, ein Verein und eine Kirchengemeinde teilnehmen.

#### 5. Medien & Öffentlichkeitsarbeit

Die örtlichen Medien berichten über Aktivitäten auf dem Weg zur "Fairtrade-Town".

Entsprechend Ahnata's Einwohnerzahl sind vier Veröffentlichungen pro Jahr gefordert.

Mit je zwei Meldungen im Gemeindeblatt und HNA zum Beschluss der Teilnahme sowie zur Bildung der Steuerungsgruppe wären allein damit die vier Artikel für das Jahr bereits erfüllt. Zu "örtlichen Medien" zählen dabei auch Online-Medien oder Publikationen der Gemeinde Ahnatal. Zudem befördert Punkt 4 und die geforderten Aktionen eine erfolgreiche Pressearbeit zum Thema "Fairer Handel".

#### Beschlussvorschlag:

1. Die Gemeindevertretung beschließt in ihrer Sitzung am 11.11.2021, dass Ahnatal an der internationalen Kampagne „Fairtrade- Towns“ des gemeinnützigen Vereins TransFair e.V. teilnimmt und damit den Titel „Kommune des fairen Handels/Fairtrade Town“ anstrebt.
2. Bei allen Sitzungen der Gemeindevertretung und der Ausschüsse sowie im Büro des Bürgermeisters Fairtrade-Kaffee und mindestens ein weiteres Produkt aus fairem Handel anzubieten.

(Da bei den gemeindlichen Sitzungen keine Heißgetränke ausgeschenkt werden, kompensiert die Gemeinde Ahnatal den unzureichenden Beschluss auf anderem Weg, zum Beispiel dadurch, dass bei gemeindlichen Veranstaltungen, in Präsentkörben oder bei anderen Anlässen fair gehandelte Produkte verwendet werden.)

Thomas Dittrich-Mohrmann  
Fraktionsvorsitzender

## **Antrag der SPD-Fraktion vom 27.10.2021**

---

### **Antrag der SPD-Fraktion für ein Rauchverbot auf den kommunalen Spielplätzen in Ahnatal**

#### Sachverhalt:

Auf den Ahnataler Spielplätzen ist oft zu beobachten, dass Erwachsene und Jugendliche neben den Spielgeräten der Kinder stehen und Zigaretten rauchen und diese anschließend achtlos fortwerfen. Das ist nicht nur kein schönes Bild und sorgt für zusätzliche Verschmutzung. Zusätzlich geht von weggeworfenen Zigarettenresten eine nicht unerhebliche gesundheitliche Gefährdung von Kindern aus, wenn diese beim Spiel versehentlich in den Mund genommen werden.

Kinder haben nach den nationalen und internationalen Regelwerken (Grundgesetz und UN-Kinderechtskonvention) ein Grundrecht auf körperliche, geistige und seelische Gesundheit.

Die politischen Akteure haben die Aufgabe, die gesundheitliche Entwicklung der Kinder „im größtmöglichen Maß sicherzustellen (Art. 6 Abs. 2 der UN-Kinderechtskonvention)“.

Der Begriff „größtmögliches Maß“ deutet darauf hin, dass die Verantwortlichen (Legislative) dazu aufgefordert sind, kreative Konzepte und Lösungen auf den Weg zu bringen, um das gesetzliche Ziel zu erreichen. Der Zweck eines Spielplatzes ist das altersgerechte Spielen von Kindern. Über das Spiel auf einem Spielplatz erhalten Kinder die Möglichkeit, ihre geistigen und körperlichen Fähigkeiten zu entwickeln. Darüber hinaus fördert das Spielen das soziale Verhalten der Kinder.

Um diesen besonderen Raum für Kinder zu schützen, hält es die SPD-Fraktion für erforderlich und notwendig, ein Rauchverbot auf allen Ahnataler Spielplätzen zu beantragen und dies auch durch entsprechende Kennzeichnung deutlich zu machen.

#### Beschlussvorschlag:

Der Gemeindevorstand wird beauftragt, ein gesetzliches Rauchverbot auf den Ahnataler Spielplätzen einzuführen und entsprechende Schilder an allen Ahnataler Spielplätzen anbringen zu lassen.

Thomas Dittrich-Mohrmann  
Fraktionsvorsitzender

### Antrag der SPD-Fraktion über einen Prüfauftrag zum Bau einer Klärschlammvererdungsanlage

#### Sachverhalt:

In den letzten 6 Jahren sind die Entsorgungskosten für Klärschlamm explosionsartig gestiegen. Die Kosten pro Tonne haben sich fast vervierfacht auf ca. 165 Euro/t und es ist noch kein Ende in Sicht. Bei jährlich bis zu 600 Tonnen anfallenden Klärschlamm, der in einem aufwendigen Verfahren alle 5 bis 6 Wochen mit hohem Energieaufwand entwässert, abtransportiert und entsorgt werden muss, ist dies ein kostenintensiver Faktor im Bereich der Abwasserreinigung mit ca. 100.000 € plus Stromkosten.

Vor diesem Hintergrund ist es sinnvoll, in nächsten Jahren eine Klärschlammvererdungsanlage zu planen und zu bauen. Die Klärschlammvererdung mit Schilf ist ein langlebiges und nachhaltiges biologisches Entwässerungsverfahren für die Klärschlammbehandlung, welches vielen Gemeinden und Städten bundesweit angewendet wird, wie zum Beispiel in unserer Nachbargemeinde Bad Emstal.

Die Vorteile einer solchen Anlage wären:

- Hohe Entwässerungsleistung im Ergebnis bis zu 40 % (gegenüber heute 60%) bei einer gleichzeitigen Volumenreduzierung um ca. 98 %. Dadurch geringeres Gewicht nach der Schlammstapelzeit von etwa 8 bis 12 Jahren Betriebszeit • niedrigere Entsorgungskosten
  - Geringer Betriebsaufwand bei besserer Planbarkeit der Abläufe in der Kläranlage • niedriger Primärenergiebedarf
- Natürliche Stoffumsetzung mit Mineralisierung der Organik = Reduzierung der Verwertungsmenge
- Qualitäts-Steigerung des Endprodukts humusähnlich (rechtlich aber immer noch Klärschlamm)
- Ohne Chemie und Zuschlagsstoffe (zurzeit werden Polymeren oder Kalk verwendet),
- Die Rückbelastung der Kläranlage durch Filtratwasser ist gegenüber konventionellen Entwässerungstechniken (Schlammpressen) massiv reduziert.

#### Nachteile

- Relativ großer Flächenbedarf, ca. 1 m<sup>2</sup> je Einwohnerwert, abhängig von den Klärschlammeigenschaften
- Aufkonzentrierung von Schwermetallen (aufgrund des Abbaus der organischen Substanz)

Um die doch sehr komplexe Thematik den Gemeindevertretern etwas näher zu bringen, habe ich an die Begründung eine Prinzipskizze und Bilder von der Klärschlammvererdung angefügt.

Beschlussvorschlag:

Der Gemeindevorstand wird beauftragt, die Möglichkeiten zum Bau einer Klärschlammvererdungsanlage auf dem Grundstück der Abwasserreinigungsanlage Ahnatal in Heckershausen und auf dem östlich der Kläranlage gelegenen Gemeinde eigenen Grundstücken Flur 6, Flurstück 50,51 und 52, zu prüfen.

Robert Schnegelsberg  
Fraktionsvorsitzender

**Antrag der B'90/Grüne-Fraktion über eine Satzung zur Regelung des Zugangs zu amtlichen Informationen aus dem Wirkungskreis der Gemeinde Ahnatal (Informationsfreiheitssatzung)**

Sachverhalt:

Das Hessische Datenschutz- und Informationsfreiheitsgesetz (HDSIG) regelt in seinem Vierten Teil unter der Überschrift „Informationsfreiheit“ den Anspruch auf Zugang zu amtlichen Informationen (Informationszugang). Nach § 81 Absatz 1 Nr. 7 HDSIG gelten die Vorschriften über den Informationszugang für die Behörden und sonstigen öffentlichen Stellen der Gemeinden und Landkreise sowie deren Vereinigungen ungeachtet ihrer Rechtsform, soweit die Anwendung des Vierten Teils durch Satzung ausdrücklich bestimmt wird. Dies geschieht für die Gemeinde Ahnatal durch die Informationsfreiheitssatzung.

Ein Abdruck des Vierten Teils des HDSIG (§§ 80 bis 89) ist dieser Vorlage als Anlage 2 beigelegt.

Die Beschränkung auf amtliche Informationen aus dem eigenen Wirkungskreis der Gemeinde Ahnatal ergibt sich daraus, dass der Erlass gemeindlicher Satzungen nur im Bereich von Selbstverwaltungsangelegenheiten möglich ist. Da die rechtliche Zuordnung der Informationserteilung derjenigen des zugrundeliegenden Verwaltungshandelns folgt, kann die Satzung nach § 81 Absatz 1 Nr. 7 HDSIG nur für den Bereich der Selbstverwaltungsangelegenheiten gelten, nicht aber für den übertragenen Wirkungskreis und erst recht nicht für die Aufgaben des Bürgermeisters als Ordnungsbehörde. Hierfür spricht auch die Gesetzesbegründung, die ausdrücklich auf die „kommunale Selbstverwaltung“ abstellt.

Unterm Strich macht die Informationsfreiheitssatzung das Verwaltungshandeln der Gemeinde Ahnatal im Bereich der kommunalen Selbstverwaltung transparenter. Während von einem Verwaltungshandeln direkt Betroffene weitreichende Auskunfts- und Akteneinsichtsrechte haben, haben Außenstehende ohne die Satzung keine vergleichbaren Informationsrechte, die sie im Streitfall vor einem Gericht einklagen könnten.

Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung beschließt die Satzung zur Regelung des Zugangs zu amtlichen Informationen aus dem eigenen Wirkungskreis der Gemeinde Ahnatal (Informationsfreiheitssatzung) in der aus der Anlage 1 zu dieser Vorlage ersichtlichen Fassung.

Torben Schawer  
Fraktionsvorsitzender

**Gemeinsamer Antrag der FWG- und SPD-Fraktion auf Anbringung eines Verkehrsspiegels und zur Geschwindigkeitsbegrenzung im Bereich Ortsmitte Weimar**

Sachverhalt:

Die Ausfahrt vom Friedhof in Weimar ist gerade in Blickrichtung Ortskern Weimar, sehr unübersichtlich.

Verkehrsteilnehmer, die den Friedhof verlassen möchten, müssen mit ihrem Fahrzeug sehr weit in die Heckershäuser Straße einfahren, um erst dann sehen zu können, ob ihnen aus Richtung Weimar ein Fahrzeug entgegenkommt. Dieses „Vortasten“ bedeutet jedoch eine erhebliche Gefahr, für alle Verkehrsteilnehmer.

Im Bereich ‚Ortseingang Kreisel‘ bis zum Bahnhof in Ahnatal Weimar befinden sich neben den Einkaufsmärkten, Arztpraxen, Banken, Apotheke, Postagentur, Tankstelle, Gaststätte, Friedhof auch der neue Montessori-Kindergarten. Zusätzlich befinden sich in den Bereichen auch mehrere Haltestellen des ÖPNV.

Der Steinweg sowie der in der Ortsmitte gelegene Teil der Dörnbergstraße sind zusätzlich als Schulweg stark genutzt. Am Steinweg befinden sich weitere Geschäfte sowie das Amt für Senioren und Bushaltestellen.

Dies führt zu zahlreichen Verkehrsbewegungen sowie einem hohen Aufkommen aller Verkehrsteilnehmer.

Die Verkehrssituation in den genannten Bereichen birgt zusätzlich durch die Straßenführung und Parkplatzangebote weitere Gefahrenpotentiale.

Um die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer zu erhöhen und zu gewährleisten, soll eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30km/h festgelegt werden.

Beschlussvorschlag:

Der Gemeindevorstand wird beauftragt folgende Maßnahmen zur Verkehrssicherheit im Ortsteil Weimar umzusetzen:

1. Verkehrsspiegel am Friedhof in Weimar

Die Gemeindevertretung beauftragt den Gemeindevorstand schnellst möglichst gegenüber der Ein-/ Ausfahrt am Friedhof in Ahnatal-Weimar, einen Verkehrsspiegel für die Verkehrsteilnehmer anzubringen.

## 2. Tempo 30 im Bereich Dörnbergstraße bis Kreisel Weimar und Steinweg (Ortsmitte)

Die Gemeindevertretung fordert den Gemeindevorstand auf für die genannten Bereiche eine Geschwindigkeitsbegrenzung von 30 km/h in Abstimmung mit den zuständigen Stellen umzusetzen.

Thomas Dittrich Mohrmann  
SPD-Fraktionsvorsitzender

Sven Makoschey  
FWG-Fraktionsvorsitzender

## **Gemeinsamer Antrag aller Fraktionen vom 03.11.2021**

---

### **Gemeinsamer Antrag aller Fraktionen zur Verleihung der Ehrenbürgermeisterwürde an Herrn Karl-Heinz Poetzsch ehem. Bürgermeister vom 1.4.1973 bis 31.3.1997**

#### Sachverhalt:

Herr Karl- Heinz Poetzsch hat die Geschicke der Gemeinde Ahnatal 24 Jahre geleitet. Er war der erste Bürgermeister der Großgemeinde Ahnatal. In seinen vier Amtszeiten hat er zahlreiche Projekte angestoßen und umgesetzt, ohne die das heute bestehende moderne Ahnatal nicht vorstellbar wäre.

Zur Begründung seien hier nur folgende Projekte benannt: Bau der ersten Kindergärten Ahnatales, Errichtung der Großsporthalle an der Rasenallee, gemeindliche Schwesterstation, Drittmittelparität bei der Unterstützung der Sportvereine.

Karl- Heinz Poetzsch hat es verstanden Ahnatal trotz seiner geringeren Finanzkraft durch sein Engagement und seine Beharrlichkeit voran zu bringen. Hierbei war er immer bereit sich der Diskussion zu stellen und über Parteigrenzen hinweg gemeinsame Lösungen zu finden.

Karl-Heinz Poetzsch war zu jeder Zeit ein zuverlässiger Sachwalter der Interessen der Bürgerinnen und Bürger Ahnatales und dafür gebührt im Dank und Ehre.

#### Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung beschließt die Verleihung der Ehrbürgermeisterwürde an Herrn Karl – Heinz Poetzsch in Anerkennung seiner Dienste für die Gemeinde Ahnatal.

Thomas Dittrich-Mohrmann  
(Fraktionsvorsitz SPD)

Rüdiger Reedwisch  
(Fraktionsvorsitz CDU)

Torben Schawwer  
(Fraktionsvorsitz B'90/Grüne)

Sven Makoschey  
(Fraktionsvorsitz FWG)